

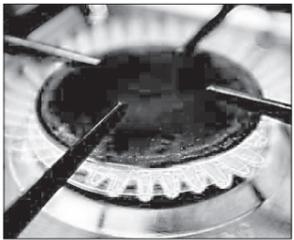
Kommunalwahl 2023: Die BALL ist startbereit

Auf der BALL-Versammlung am 13. Sept. verkündete BALL-Vorsitzender Helmut Welk, dass die BALL bei der Kommunalwahl im Mai 2023 antreten wird. Jetzt sollen in den nächsten Wochen die Schwerpunkte der Kommunalwahlausagen öffentlich entwickelt und diskutiert werden. Dabei soll das ausführliche Programm 2018 (https://ball-barmstedt.de/wp-content/uploads/2018/04/BALL-Kommunalwahlprogramm-2018-2023_lang.pdf) überarbeitet und an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Termine sind auf der BALL-Homepage (<https://ball-barmstedt.de/>) angegeben, und Gäste sind herzlich willkommen.

Verbot von Strom- und Gassperren: BALL-Antrag abgelehnt

Die BALL hatte in der September-Sitzung der Stadtvertretung beantragt, Strom- oder Gassperren bei Menschen auszuschließen, die aufgrund finanzieller und sozialer Not die extremen Preise nicht begleichen können. Unser Antrag ist einfach: Wir wollen nicht, dass alten, hilflosen oder kranken Menschen, Alleinerziehenden oder Familien mit Kindern Strom oder Heizung abgedreht werden. Die Versorgung einer Grundmenge mit Strom und Heizenergie gehört zum menschenwürdigen Leben“, so BALL-Stadtvertreter Klaus Kuberzig.

Wenn Anfang nächsten Jahres die Endabrechnungen der Stadtwerke kommen, werden sehr viele Menschen die Nachzahlungen nicht mehr bewältigen können. Es wird einen sehr hohen Beratungs- und Hilfebedarf geben, um Stornierungen, Abschlagszahlungen, Job-Center-Hilfen oder ggf. Leistungen aus staatlichen Hilfefprogrammen zu nutzen. In



der Zeit dürfen nach Auffassung der BALL die Leitungen nicht abgedreht werden.

In der Stadtvertretung gab es gewisse Sympathie für den BALL-Antrag, aber letztlich wurde der Antrag zur Weiterberatung in den Werkausschuss verwiesen. Und dort lehnten dann CDU, FWB und GRÜNE bei Enthaltung der SPD den BALL-Antrag mit windigen Begründungen ab: Es soll also weiter möglich sein, dass alten, hilflosen oder kranken Menschen, Alleinerziehenden oder Familien mit Kindern Strom oder Gas abgedreht werden. Die Auseinandersetzung geht weiter.

Strom 60% teurer!!!:

Extragewinne einziehen – Verbraucher entlasten!

Der Werkausschuss der Stadtvertretung beschloss auf seiner letzten Sitzung die Strompreise im Grundversorgungstarif ab 1. Dez. 2022 drastisch zu erhöhen. Der Arbeitspreis steigt brutto von 35,64 ct/kWh auf 56,90 ct/kWh. Das ist eine Erhöhung um 60 %!!! Ein Haushalt mit einem Verbrauch von etwa 3.000 kWh zahlt dann monatlich rund 60,- Euro mehr für Strom. Die andere Seite: In diesem Jahr machen die den Markt beherrschenden Energiekonzerne im Stromgeschäft Extraprofite von 50 Milliarden Euro. Die BALL unterstützt die von Linken und zahlreichen Organisationen erhobene Forderung diese Extragewinne über eine „Übergewinnsteuer“ einzuziehen und im Gegenzug den Privathaushalten und Gewer-



betreibenden den Strompreis für normale Verbrauchsmengen drastisch zu senken (Strompreideckel). Besonders hart ist die

Strompreiserhöhung für Personen, die von Hartz-4 oder mit niedrigen Renten leben und sehr oft unter den hohen Mie-

ten und Lebensmittelpreisen leiden. Die BALL-Stadtvertreter im Werkausschuss haben die Strompreiserhöhung scharf kriti-

siert und dagegen gestimmt. „Wenn wir gegen diese drastische Strompreiserhöhung stimmen, so ist das ein Zeichen des örtlichen Widerstands gegen eine Energiepolitik, die bei der Bevölkerung abkassiert und den Energiekonzernen Milliardengewinne ermöglicht. Aus der Sicht der Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen und auch von etlichen Gewerbetreibenden können solche Strompreise nicht akzeptiert werden, und dagegen sind erhebliche Proteste erforderlich. Die Energieversorgung darf nicht Spielball der Profitwirtschaft und Börsenspekulanten bleiben, sie muss als zentraler Teil der Daseinsvorsorge wieder zurück in die öffentliche Hand“, so Dr. Günter Thiel.

Werkausschuss der Stadt Barmstedt:

Gaspreissteigerung um 30 % beschlossen

Der Werkausschuss beschloss am 21. Sept. 2022 eine weitere Erhöhung der Gaspreise zum 1. Okt. 2022 um rund 3 ct/kWh. Dies ist die Weitergabe der von SPD/Grünen/FDP und CDU beschlossenen Umlage zur Unterstützung verschiedener Energiekonzerne. Diese Erhöhung bedeutet eine weitere Steigerung um rund 30% gegenüber der zum 1. Juli 2022 bereits erfolgten drastischen Erhöhung. Die BALL-Vertreter im Werkausschuss lehnten auch diese erneute extreme Erhöhung der Gaspreise ab, da diese von den Privatkunden und Gewerbetreibenden nicht zu verkraften sind.

Chaos: Mittlerweile sind angesichts anwachsender Bevölkerungsproteste die Gasumlagen, mit denen die Preiserhöhung begründet wurde, wieder zurückgenommen. Demzufolge müssten die Stadtwerke dies nachvollziehen. Bis Redaktionsschluss (19. Okt. 2022) war dies noch nicht erfolgt. Inzwischen hat die Bundesregierung auf die Proteste aus der Bevölkerung und von Unternehmen reagiert und verschiedene Entlastungsmaßnahmen für Ver-



Dr. Günter Thiel
BALL-Fraktionsvorsitzender



braucher und Unternehmen angekündigt, die nur einen Teil der Gaspreissteigerungen auffangen und erst nach dem Winter kommen sollen.

Die hohen Gaspreise sind das Endergebnis der von allen CDU/SPD/FDP/GRÜNEN-Bun-

desregierungen durchgesetzten „Liberalisierung“ der Energiewirtschaft, was bedeutet, dass Energiekonzerne und damit verbundene Finanzkonzerne wie Blackrock walten und schalten können. Zusätzlich werden die Preise dann u. a. durch höhere Nachfrage, die Sanktionierung von russischem Gas, den Einkauf von sehr teurem Frackinggas und Spekulationsgeschäften beeinflusst.

Die Stadtwerke – nicht nur in Barmstedt – sind diesem Marktgeschehen ausgeliefert und erleiden Millionenverluste. Um die Verluste zu reduzieren, geben sie die hohen Preise an die Kunden weiter. Absolut notwendig ist daher auch ein staatliches Hilfspaket für die kommunalen Unternehmen. Ein erstes Hilfsprogramm ist auf Landesebene angekündigt.

IG Metall- Gewerk- schaftler gegen Altersarmut

Ende September protestierten Mitglieder des AK Soziales der IG Metall auf dem Wochenmarkt gegen die deutlich zu niedrigen Renten in Deutschland, die in wachsendem Maße – und dies um so mehr bei den aktuellen hohen Lebenshaltungs- und Energiekosten – zu Altersarmut führen. Die Gewerkschafter fordern ein Rentensystem wie in Österreich, wo Frauen im Durchschnitt rund 543,- Euro und Männer rund 860,- Euro monatlich mehr erhalten. Dort zahlen alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung ein. BALL-Sozialausschussvorsitzender Klaus Kuberzig und BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel unterstützten die Aktion.

Standortentscheidung gefällt

In der Sitzung der Stadtvertretung am 6. Sept. 2022 ist eine Entscheidung für den Standort einer neuen Stadtbücherei gefallen. Zusammen mit der SPD und den Grünen votierten die Stadtvertreter der BALL für einen Neubau auf dem Wischhof-Gelände (Fläche hinter dem Humburg-Haus).

Aus unserer Sicht eine Aufwertung des Geländes, der Innenstadt und der Bücherei gleichermaßen. Darüber hinaus war die Entscheidung für eine neue Stadtbücherei überfällig, denn wirft man einen Blick zurück, lässt sich feststellen, dass die Jahresberichte der Barmstedter Stadtbücherei im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport sich



ein- und dasselbe Problem finden sich 2006: „Unser Wunsch für die nächsten Jahre ist es, unser Medienangebot [...] in neuen Räumen präsentieren zu können“, 2007: „Ein weiterer Wunsch ist bereits bekannt und bezieht sich auf unseren Platzmangel [...]“, 2008: „So gern wir immer wieder eindrucksvolle Steigerungen in der Mediennutzung verkünden würden, so sehen wir uns immer weniger in der Lage, dieses personell und räumlich realisieren zu können.“ Kurz gesagt: Der räumliche Mangel zieht sich durch die Jahresberichte der Stadtbücherei seit mindestens 20 Jahren. Bedenklich ist dabei, dass sich dieser Mangel nicht nur auf die reinen Publikumsflächen beschränkt, sondern auch die Mitarbeiter betrifft. Im Novem-

ber 2016 fand eine sicherheitstechnische Begehung statt, die u. a. feststellte: „In jedem Fall besteht dringender Handlungsbedarf, um gesundheitliche Beeinträchtigungen und Gefährdungen zu reduzieren.“

Ein Beschluss für einen Neubau im geplanten Neubaukomplex auf dem „Stadt-Hamburg-Gelände“ war schon gefasst und so jubelte u. a. das Hamburger Abendblatt am 7.2.2017: „Stadt Barmstedt plant neue Bücherei“.

Inzwischen haben wir den Herbst 2022! An unserem klaren „Ja“ zur Stadtbücherei hat sich derweil nichts geändert.

Das derzeitige Gebäude wurde am 1. 10. 1969 eingeweiht und steht auf dem Heizungskeller für die „Holstenring-Hochhäuser“. Sämtliche Investitionen der letzten Jahre

und Jahrzehnte wurden in der Stadtvertretung mit der Überlegung, warum man in dieses alte Gebäude immer wieder Geld stecken sollte, kritisch hinterfragt – auch von den Fraktionen, die den jetzigen Standort für eine Modernisierung und Erweiterung favorisierten. Abgesehen von den Unklarheiten bei Planungen am Holstenring (Eigentumsverhältnisse, Zustand des Kellers, Bausubstanz, Gründung des Anbaus, Auswirkungen für Anwohner, Zuwegung für Baugerät, Kosten, ...) unterstützen wir ganz klar den Vorschlag eines Neubaus am Wischhof.

Moderne und soziale Stadtentwicklung kann und darf nicht zuvorderst mit dem Portemonnaie gedacht werden, sondern muss Bedarfe und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Blick haben. Eine vernünftige Finanzierung und Ausstattung im Bildungs- und Sozialwesen ist und bleibt für uns Voraussetzung für ein lebendiges, kulturelles, demokratisches und soziales Miteinander und damit letztlich auch Bedingung für wirtschaftliche Entwicklung.

Mit einem Umzug an den Wischhof wäre die Bibliothek dann endlich auch im tatsächlichen Zentrum von Barmstedt angekommen und nicht in dem in den 1970er Jahren angelegten „neuen Zentrum“ am Holstenring.

„Zeitenwende oder Zeitenende?“

Am 9. Okt.2022 sendete NDR-Info einen Kommentar von Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung. Hier einige Auszüge:

Mit der Annektierung ukrainischer Gebiete durch Russland ist der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert. Verhandlungsoptionen scheint es kaum zu geben. Trotzdem ist eine diplomatische Offensive wichtig – Gesprächsversuche sind notwendig und dürfen nicht abgelehnt werden.

„Der Krieg in der Ukraine und die Annexionspolitik Putins sind bittere Realität. Realität ist aber auch die Gefahr, dass dieser Krieg mit Worten und mit Waffen gefüttert wird, bis er platzt. Dann ist Hiroshima überall. Das wäre nicht die von Kanzler Scholz angekündigte Zeitenwende, das wäre das Zeitenende für Europa.“

Die Grünen von heute sagen: Wir dürfen uns von Putin nicht erpressen lassen. Das ist wohl wahr. Richtig ist aber auch: Wir dürfen uns nicht zerstören lassen. Ein Nuklearkrieg wäre das Ende des eurasischen Kontinents.

Für Diplomatie zu werben ist keine Parteinahme für Putin

Es ist deshalb fatal und unendlich töricht, dass hierzulande schon die Wörter „Waffenstillstand“, „Friedensappell“ und „Frieden“ als anrüchlich gelten, wenn sie im Zusammen-

hang mit dem Ukraine-Krieg gebraucht werden. Es ist fatal, wenn das Werben für eine diplomatische Offensive fast schon als Beihilfe zum Verbrechen bewertet wird. Für Diplomatie zu werben ist keine Parteinahme für Putin, sondern eine Parteinahme für die Vernunft. Wenn der ukrainische Präsident jegliche Verhandlungen mit Putin ablehnt, muss man das verstehen, aber ihm dafür nicht applaudieren.

Frieden stiften beginnt mit Reden

Es gibt einen berechtigten Zorn im Westen gegen Putin, aber trotzdem und gerade deswegen ist es wichtig, kühlen Kopf zu behalten. Wenn der Krieg weiter eskaliert, wenn der Einsatz von Nuklearwaffen sich realisiert – dann sind die letzten Dinge schlimmer als die ersten. Der Ukraine-Krieg ist kein Computerspiel und kein Blockbuster; die atomare Gefahr ist konkret. Sie wird nicht von Leopard-Panzern abgewendet, sondern durch Verhandlungen.

Die dramatische Lage wird nicht dadurch entschärft, dass Diplomatie zum Unwort erklärt wird....“

www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/Kommentar-Krieg-in-der-Ukraine-Zeitenwende-oder-Zeitenende-ukraine3066.html

Henrik Pünner
Hauptausschuss



leider ein ums andere mal, zumindest in einem Punkt, gleichen: Der räumlichen Situation.

Beim Blick in die Protokolle wird klar, dass das kein neues Ansinnen unserer Büchereileiterin Sabine Jülich ist, denn auch Frau Jülichs Vorgängerin, Dörte Keller, stellte bereits im Jahr 2004 fest: „Die auch in den Vorjahren beklagte Raum-, EDV- und Personalbelastungssituation besteht weiter [...]“. Weitere in den Jahresberichten verwendete Formulierungen für

Meierei: Viele Fragen blieben unbeantwortet.

Am 29. August 22 hat der Abwasser-Zweckverband (AZV) Stellung bezogen zu den Vorfällen am 23. Januar 22, die am Regenrückhaltebecken im Küsterkamp sichtbar wurden.

Zur Erinnerung: An diesem Tag kam es zu einer unangenehmen Geruchsentwicklung sowie zu einer Blaufärbung des Wassers. Die Wassertemperatur lag bei bis zu 30 Grad Celsius. Schnell geriet die Meierei in den Verdacht, der Verursacher dieser Verunreinigung zu sein, da nur sie solch hohe Abwassermengen mit derartigen Temperatursteigerungen einleiten konnte.

Es wurden Wasserproben entnommen und ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Lange Zeit wurden weder die Stadtvertretung noch der Ausschuss für Klima, Nachhaltigkeit und Naturschutz über den Stand der Ermittlungen informiert. Auf mehrfache Nachfrage der BALL-Fraktion gab es dann am 29. August 22 im Ausschuss einen Tagesordnungspunkt zu dem Vorfall, der zu dem Zeitpunkt bereits sieben Monate zurücklag. Die Fraktionen konnten schriftlich ihre Fragen einreichen, während der Sitzung sollten



diese von Vertretern des AZV und der Meierei beantwortet werden. Der Mitarbeiter der Meierei sagte seine Teilnahme kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen ab. (Unsere Fragen können auf unserer Webseite - ball-barmstedt.de – unter Aktuelles eingesehen werden). Somit musste der AZV, vertreten durch Frau Weißmann, die Vorgänge erläutern.

Frau Weißmann bestätigte, was alle bereits vermuteten: Die Meierei Barmstedt wurde als Verursacher der Verunreinigung

ermittelt. Es kam zu Fehleinleitungen großer Wassermengen. Ursache soll eine defekte Anlage gewesen sein, die seither außer Betrieb ist. Milch in großer Verdünnung habe die Blaufärbung hervorgerufen und für den unangenehmen Geruch gesorgt. Es soll nicht zu negativen Folgen für Tiere und Pflanzen gekommen sein, was bei derartigen Temperaturerhöhungen nur schwer nachvollziehbar ist.

Informationen, ob die Meierei eine Strafgebühr zahlen musste bzw. welche Maßnah-

men eingeleitet wurden, um derartige Vorfälle zukünftig zu verhindern, gab es nicht. Auch bleibt offen, wie viele Liter verunreinigtes Wasser im Regenrückhaltebecken fälschlich entsorgt wurden. Der AZV gab an, dass das Schmutz- und Brüdenwasser monatlich im Labor überprüft werde. Des Weiteren liefere die Meierei eigene Messdaten an den AZV.

Neben den Informationen zu dem Vorfall im Januar hat die BALL-Fraktion viele weitere Fragen zu der Entwicklung der Ab-

wassermengen. Laut Homepage der Meierei haben sich die Produktionsmengen seit 2005 bis heute fast vervierfacht. Auf die Frage der BALL-Fraktion, wie sich die Entsorgungsmengen im Verhältnis in der Zeit 2005 heute entwickelte, teilte der AZV mit, dass es keine Nachgenehmigungen für zusätzliche Mengen von Brüden- und Schmutzwasser gegeben habe. Auf die Frage, wie sich die Brüdenwassermengen in den letzten Jahren entwickelt haben, gab der AZV folgende Information: „In den Jahren 2009 – 2012 wurden durchschnittlich 250 Tm³ (250 Millionen Liter), in den Jahren 2013 – 2020 durchschnittlich 150 Tm³ (150 Millionen Liter) und im Jahr 2021 ca. 200 Tm³ (200 Millionen Liter) abgeleitet.“ (Frau Weißmann, AZV)

Da das Brüdenwasser in die Regenwasserkanalisation eingeleitet wird, sind die Entsorgungskosten für die Meierei sehr gering. In welcher Form die Gebühren berechnet werden, bleibt weiterhin unklar. Die BALL-Fraktion fragt: Wie ist das möglich, dass die Brüdenmengen sogar sinken, wenn gleichzeitig die Produktionsmengen derart angestiegen sind? Dieses wurde im

Ausschuss vom AZV mit verbesserten Produktionsprozessen beantwortet, aber da kein Vertreter der Meierei anwesend war, konnte diese These nicht erläutert werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Mengen des eingeleiteten Brüdenwassers nicht vom AZV überprüft werden können: „Die Brüdenmengen können nur werksintern gemessen werden, da bei Einleitung in das öffentliche Netz an gleicher Stelle auch das Regenwasser der gesamten Flächen mit eingeleitet wird.“ (Frau Weißmann, AZV)



Britt Schölermann
Ausschuss für Klima, Nachhaltigkeit und Naturschutz

Für die BALL-Fraktion passen die Zahlen nicht zusammen, daher braucht es weitere Infos um den Sachverhalt aufzuklären. Die aktuellen Maßnahmen am Regenrückhaltebecken erzeugen hohe Kosten, und es drängt sich der Verdacht auf, dass der größte Einleiter von Wassermengen in der Stadt nicht angemessen an den Kosten beteiligt wird. Daher werden wir in der kommenden Ausschusssitzung weitere Fragen bzgl. des Wasserverbrauchs an die Stadtwerke formulieren, um so Rückschlüsse auf die Abwassermengen ziehen zu können.